

Saale-Zeitung.

Zweilundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeit aber dem... 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Erhalten nicht mehr; Sonntag und Montag... 10 Pf. postal. täglich.

Redaktion und Druck: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 65. I. Telefon Nr. 590 u. 591.

Verlagspreis... für Halle... 2,50 M. ... für andere Städte... 3 M. ... für Ausland... 4 M. ...

Nr. 517.

Halle a. S., Dienstag, den 3. November

1908.

Fürst Bülow geht doch?

aus Berlin wird uns telegraphisch gemeldet: Die Nachricht, daß der Reichskanzler Fürst Bülow...

Während diese und andere ähnliche Nachrichten die Luft durchdringen — so am deutlichsten von der allgemeinen Befürchtung, die in diplomatischen Kreisen herrscht...

Interessant ist auch, daß in einem Londoner Blatt die Möglichkeit erörtert wird, ob diejenigen Beamten des auswärtigen Amtes, die die Prüfung des Interviews vorzunehmen hätten...

Man weiß darauf hin, daß während des Sommers, zu einer Zeit, wo Europa zwei gefährliche Krisen durchmachte...

Die deutsch-feindliche Stimmung in England wächst!

Der Leitartikel des Standard weist darauf hin, daß die preußischen Bureaucraten doch immer stolz auf ihre Geschäftsmethoden gewesen sind...

Die Stellung des Fürsten Bülow wird in London als erschütternd angesehen. Nach englischen Begriffen erscheint es unmöglich, daß ein leitender Staatsmann...

Der Kronprinz beim Kanzler.

Berlin, 2. Nov. Der Kronprinz war am Sonntag längere Zeit beim Fürsten Bülow. Der Besuch dürfte mit der Kanzlerkrise zusammenhängen...

Offiziös wird zu dieser Erkrankung mitgeteilt: Berlin, 2. Nov. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der Staatssekretär v. Schoen...

Enthüllungen und kein Ende.

Paris, 2. Nov. Der „Matin“ berichtet, daß der frühere Minister des Auswärtigen, Delcassé wiederholt Anheerungsversuche an Deutschland gemacht habe...

(Der „Matin“ flunkert; denn die formelle Mitteilung einer längst vollzogenen Tatsache ändert doch nichts an dem Charakter des gegen Deutschland gerichteten Abkommens.)

Die zweite Angelegenheit, die sich wahrscheinlich in ähnlicher Weise abspielte, betrifft die französische Entente. Am Abend des 21. März 1904 machte Herr Delcassé dem deutschen Botschafter Rabolin Mitteilung...

(Ganz so weit wird der fanatische Deutschhasser Delcassé wohl nicht gegangen sein! Die Red.)

Der Eindruck in Japan.

Der „New York Herald“ meldet aus Tokio: Die Ausrufungen Kaiser Wilhelms von der gelben Gefahr haben in den hiesigen deutschen Gesellschaften und auch in der offiziellen deutschen Welt großes Unbehagen hervorgerufen...

Feuilleton.

Unterhaltungsblatt. Der Stärkere. Roman von Maximilian Wötter. (Fortsetzung.) — Die Zigarettenkahe. Humoreske von U. H. (Schluß) — Bunte Zeitung: Ein neuer Brief Humboldts über Schiller. Ameritas Demophilens. Freud oder Joppe. — Literatur.

Präsidentenwahl in Amerika.

Das gewaltige Ringen um die Präsidentschaft, das nun seit Monaten ganz Amerika durchdringt, erreicht am 3. November den Höhepunkt...

tation notwendigen Arbeiten, von der kleinen Notiz bis zum feurigen Gedicht und witzigen Couplet...

Nicht minder wichtig und umfangreich sind die Arbeiten des Rednerbureaus. Eine Legion von Rednern wird ins Land hinausgeschickt...

Die Wahlkosten steigen unter diesen Umständen ins Unermessliche. Im Jahre 1870 wandte der republikanische Kandidat für die Wahl Abraham Lincoln ganze 2400 M. auf...

ausklus", die in grotesken Uniformen durch die Stadt ziehen und sich allerlei lächerliche Namen beileihen...

Schließlich ist wohl alle zufrieden, wenn endlich der große Tag der Abstimmung gekommen ist. Im Herzen der Stadt, dort wo Broadway und die fünfte Avenue dicht nebeneinander laufen...

deutschen Interessen in Japan zu fördern, durch die Versicherungen Kaiser Wilhelms vereitelt worden sind. Die japanische Presse kritisiert in sehr heftigen Angriffen die Auslassungen Kaiser Wilhelms von der gelben Gefahr und betreibt eines eventuellen Konflikts im Stillen Ozean. Die halboffizielle Japan Times schreibt: „Die Erklärung des Kaisers von der Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Flotte in Erwartung ihrer einstigen Verwertung in den Gewässern des Stillen Ozeans ist eine Warnung, welche Japan sich zu Herzen nehmen sollte.“

## Deutsches Reich.

### Sol. und Personalnachrichten.

— Wie man aus Eutin meldet, ist die Großherzogin von Oldenburg schwer an einem Gallensteinleiden erkrankt und wird zur Kur nach Karlsbad gehen.

## Die Begründung der Reichsfinanzreform.

Telegramm des Reichlichen Bureaus.

In der in der „Nord. Allg. Ztg.“ fortgeführten Veröffentlichung der Begründung zur Reichsfinanzreform wird die formelle Neuordnung behandelt. Es heißt darin: Die Erschließung genügender Deutungsmittel kann allein einer Wiederkehr der finanziellen Schwierigkeiten nicht vorbeugen, wenn damit nicht eine formelle Regelung Hand in Hand geht. Insbesondere ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten auf eine gesunde Basis zu stellen. Aus verschiedenen Erwägungen heraus ergibt sich folgende formelle Neuordnung: An Stelle der zurzeit bestehenden, in ihren Erträgen schwankenden Ueberweisungssteuern tritt der aus dem Handel mit Branntwein gewonnene Reinertrag. Dieser wird in zunächst feststehender Höhe von 220 Millionen Mark den Einzelstaaten überwiesen und entsprechend der Summe der Matrifularbeiträge angelegt. Alle sonstigen, bisher den Einzelstaaten überwiesenen Steuern verbleiben unter Berücksichtigung der besonderen Regelung für die Stempelgaben auf Verbleiben dem Reiche. Nur bei der gesamten Besteuerung von Erbfällen werden die Einzelstaaten durch Bestimmung eines Teiles vom Ertrag für die Verklärung bis zum 3. Juni 1906 feststehende Zahlungen bis zu 100 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung von den Bundesstaaten an das Reich über den Sollbetrag der gebundenen Matrifularbeiträge hinaus soll nichts geändert werden. Neben diese Bestimmung tritt nunmehr noch eine weitere Zuzug der Einzelstaaten an das Reich. Der Höchstbetrag wird in Verbindung mit der bisherigen Höchstbelastung mit Rücksicht auf die Schwankungen des Reichsbedarfs nicht ein für allemal, sondern periodisch durch Gesetz festgelegt. Um der häufigen Wiederkehr anders nicht vermeidlicher Störungen vorzubeugen, wird die Festsetzung der oberen Grenze von fünf zu fünf Jahren und als Höchstsumme der Gesamtzuzug für das nächste Jahr für den Betrag von 80 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung vorgeschlagen. Die erwähnte Festlegung der Matrifularbeiträge bedeutet zugleich eine wesentliche Stärkung für die Stellung der Reichsfinanzverwaltung. Diese vermag den Anforderungen der einzelnen Bundesstaaten nur dann mit Erfolg entgegenzutreten, wenn sie sich darauf berufen kann, daß ihr die erforderlichen Mittel nicht zu Gebote stehen. In dem Maße wie durch die Schuldaufnahme gestärkt Grundzüge einer Absicherung der Ausgaben auf Anleihen durch die Festlegung der Matrifularbeiträge, durch die die Abwälzung auf die Finanzen der Bundesstaaten verhindert wird, muß der Grundgedanke „keine Ausgaben ohne Deckung“ in Zukunft befolgt werden. Nach der vorgeschlagenen Regelung werden somit nur noch zwei Verbindungen zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten bestehen, einmal die Matrifularbeiträge, für welche die Einzelstaaten in dem ihnen überwiesenen Reinertrag aus dem Zwischenhandel mit Branntwein Deckung finden, zweitens eine bezüglich des Höchstbetrages periodischer Festsetzungen unterworfenen Kredit zur Zahlung von ungedeckten Matrifularbeiträgen, deren Höchstbetrag für das nächste Jahr für 80 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung vorgeschlagen ist.

## Parlamentarisches.

— Die Gewerbeordnungscommission des Reichstags hat einen Zentrumsantrag angenommen, daß baldmöglichst ein Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse bei Bau- und Aufbauführungen, Schaustellungen, theatralischen Unternehmungen oder sonstigen Lustbarkeiten tätigen Personen vorgelegt werden möge. Aus der Zahl der Gewerbe, die den Bestimmungen des Titels 4 der Gewerbeordnung nicht unterliegen sollen, wurde das Baugewerbe gestrichen.

## Aus den Kolonien.

— Ueber die nach einer Zeitungsmeldung in Dar-es-Salaam angeblich herrschende Pest erklärt die „Köln. Ztg.“ am 2. November: Der Ausbruch der Pest beschränkt sich bisher auf zwei Fälle, von denen einer tödlich verlief. Seit dem 24. Okt. sind Feuerkrankheiten nicht mehr gemeldet worden. Rattenpest ist nicht nachgewiesen. Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung sind getroffen.

## Allgemeine Mitteilungen.

— Bei der Beratung des Antragstextes für die Universitäts- Leipzig betonte Kultusminister Dr. Bes. gettern in der zweiten sächsischen Kammer, es sei wünschenswert, daß die Erneuerung des akademischen Lehrkörpers, des Professorenkollegiums, nicht nur aus den bemittelten Kreisen, sondern ohne Unterschied der sozialen Stellung der Eltern stattfinden. Er war jedoch nicht damit einverstanden, was von rationalisierer Seite verlangt wurde, die Privatdozenten an den Universitäten irgendetwas fest zu bestimmen.

— Die Sozialdemokratie Sachsens veranstaltete am Sonntag in allen größeren Städten Wahlrechtsdemonstrationsveranstaltungen, die sämtlich sehr verliefen.

— In Hofenitz wurde ein evangelisches Lehrerinnen-Seminar eröffnet.

## See- und Flotte.

— Kaiserliche Marine. Der Reichspostdampfer Lucie Wörmann mit dem Abfertigungstransport für S. M. S. Sperber und Panther ist auf der Ausreise am 31. Oktober in Kiel und am 1. November in Victoria (Kamerun) eingetroffen und hat am 2. November die Reise nach Duala (Kamerun) fortgesetzt. Der Reichspostdampfer Vilom mit dem Abfertigungstransport für S. M. S. Planet ist auf der Ausreise am 1. November in Algier eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach Genua fortgesetzt. S. M. S. Freya ist am 30. Oktober in Port of Spain auf Trinidad eingetroffen und geht am 6. Dezember von dort nach Veracruz in See. S. M. S. München ist am 1. November in Genua auf Madeira eingetroffen und am 2. November von dort nach Malaga in See gegangen. S. M. S. Leipzig ist am 31. Oktober und S. M. S. Ruch am 1. November in Shanghai eingetroffen. S. M. S. Arcona ist am 1. November von Nagasaki nach Fushan in See gegangen. S. M. S. Plöbe ist am 1. November von Fushan über Malakka nach Singapur in See gegangen. S. M. S. Hüfisch. Hornsüß geht am 3. November von Shanghai nach Hankow ab. S. M. S. S. Zieten und Schwaben sind am 31. Oktober in Wilhelmshafen, S. M. S. Hay ist an demselben Tage in Kiel eingetroffen. S. M. S. Albatros und Rhein sind am 31. Oktober von Kiel nach Curacao gegangen und am 1. November dort eingetroffen. — Poststation für das Kommando und des zweiten Admirals des zweiten Geschwaders sowie S. M. S. Bremen, Schleswig-Holstein, Seifen, Elb, Braunschwel, Thüringen, Kommer, Deutschland, Weil vom 9. November abends bis 11. November nachmittags Kaiserliches Postamt, dann wieder Kiel.

## Ausland.

### Bulgarien Sympathie mit Serbien.

Aus Petersburg meldet die „Petersburger Telegraphen-Agentur“: Der Kronprinz von Serbien verläßt heute Petersburg. Sein hiesiger Aufenthalt trug, wie vorausgesehen, keinen offiziellen Charakter. Der Kronprinz konnte während seines Aufenthaltes in der Residenz die Aussicht erlangen, daß die russischen Regierungskreise Serbien mit voller Sympathie gegenüberstehen und bereit sind, Serbien moralische Unterstützung zu gewähren, daß diese aber direkt von der Handlungsweise der Serben und davon abhängig, ob sie jeden unvorhergesehenen und unüberlegten Schritt unterlassen, der in gewissem Grade den Charakter einer Provokation tragen könnte. Das wurde hier dem Kronprinzen und natürlich auch durch den russischen Vertreter in Belgrad klar zum Ausdruck gebracht. Alle Sympathie fanden die Serben auch in den Kreisen der Gesellschaft, die ebenfalls zur Bekanntheit mahnen und sie von der Notwendigkeit der Wahrung der Ruhe zu überzeugen, bestricht sind. Diese Stimmung der öffentlichen Meinung fand den besten Ausdruck in dem Antworttelegramm des Dumapräsidenten Gromjakow an den Präsidenten der Serbischen, in dem ausgesprochen wird, daß nur eine friedliche Lösung der Kräfte die Zukunft des Slaventums dauernd sichert. Die Verhandlungen Isotolevis mit Oesterreich nehmen fortbauernd einen normalen Gang.

### Die Blockade der venezolanischen Häfen.

Aus dem Haag meldet das Reutersche Bureau: Das Gericht, die niederländische Regierung habe die Blockade der venezolanischen Häfen angeordnet, wird von zuständigen Stellen ausdrücklich für unrichtig erklärt. Eine solche Demonstration zur See ist wohl vorbereitet, aber noch nicht ausgeführt. Solange nicht die niederländische Regierung auf ihre zweite Note den offiziellen Text der Antwortentscheidungen des Präsidenten Castro erhalten habe, würde sie keine entscheidenden Schritte tun.

## Halle und Umgebung.

Salle a. S. 3. November.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Salle, 2. November.

Am Vorstandstisch die Herren Geheimer Kommerzienrat Stechner, Zuhrtz Föhring, Baumeister Gygas und Fabrikant Grefler.

Eingegangen ist eine Eingabe des Hallischen Bürgervereins, der zur Vermeidung unliebsamer Störungen von den Schulen und Straßen Hofenitzler wünscht. Herr Kaufmann Ricalai in der Weinstraße bittet um Entschädigung von Wasserfischen. Von der Bäckerinnung liegt ein Dankschreiben für den Glückwunsch zum 50jährigen Jubiläum vor; weiter wird die Einladung zur städtischen Feier des Hundertstages der preussischen Städteordnung bekannt gegeben.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Punkt 1 betrifft Funktionszulagen für 20 Magistratssekretäre, die sich bei besonders verantwortungsvollen Stellen befinden. Herr St. Springer als Referent des Etatsausschusses beantragt Ablehnung des Antrags, aber Annahme einer Resolution, in der der Magistrat aufgefordert wird, erneut in eine

### Bekämpfung der Gehälter der städtischen Beamten einzutreten.

Es entspinnt sich eine mehr als 1½stündige Debatte, die die Ablehnung beider Anträge zeitigt. Wir kommen auf die Auseinandersetzungen, die im wesentlichen zwischen Herrn St. Helmcke und Herrn Oberbürgermeister Dr. Rive stattfanden, im Abendblatt ausführlich zurück. Für die Magistratsvorlage erhob sich nur eine Stimme, für den Antrag des Etatsausschusses stimmten etwa 10 Mitglieder.

2. Die Verammlung beschließt die Kautionspflicht der städtischen Beamten aufzuheben und die Berufsgelder für die Kassierer in der vom Magistrat vorgeschlagenen Weise zu regeln. (Herr St. Springer.)

3. Zur Verstärkung der bei Kapitel VI A III 27 — Renten an nicht pensionsberechtigten Bedienstete usw. — bereitgestellten Mittel werden 800 Mk. aus Kapitel XIX Nr. 12 bewilligt. (Herr St. Springer.)

4. Der Magistrat hat beschlossen, die Position VI A III 25 des Kämmerei-Etats — zur Unterstützung städtischer Angestellter in Krankheits- und sonstigen Unfallsfällen — für das laufende Rechnungsjahr um 500 Mk. aus Kapitel XIX 12 zu verfahren; b) für die zweite

in den Etat für 1900 einzuführenden Mittel auf 2500 Mk. zu bemessen.

Die Verammlung tritt dem Beschluß bei. (Herr St. Springer.)

5. Der Voranschlag für 1908 des Statistischen Amtes enthält keinen Vollen für die Aufbereitung der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Die bereits vorhandene umfangreiche Abstrichnahme des Zählmaterials in Verbindung mit dem Umstände, daß die Angaben einer verlässlichen Betriebszählung, wie es die Berufs- und Betriebszählung ist, mit jedem Tage an Wert verlieren, macht die nachträgliche Vermittlung von 1600 Mk. für die Aufbereitung des gesamten Zählmaterials notwendig. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus: a) ca. 475 Mk. für Güter an Ausfallsarbeiten in der Zeit vom November 1906 bis Januar 1907; b) ca. 600 Mk. für Druckarbeiten, wie Formulare, Tabellen usw. abzüglich ca. 475 Mk., die noch aus dem Etatsjahre 1907 für diesen Zweck zur Verfügung stehen.

Die Verammlung bewilligt den Betrag von 1600 Mk. a) Konto Kapitel XIX Nr. 12. (Herr St. Springer.)

6. Die Verammlung stimmt dem vorgelegten Entwurf der Satzung der Reichsvereine vom Stein-Stiftung zu. (Herr Herr St. Glimm.)

7. Es liegt ein Antrag vor, die Verabreichung von Geldern bei der Stadthauptkasse vom 1. April 1909 an aufzuheben und für die vom 1. April 1909 ab zu bildende Kommission zur Vornahme unermuteter Revisionen der bei der Stadthauptkasse hinterlegten Effekten usw. Bestände ein Mitglied und einen Stellvertreter zu benennen.

Dann bemerkt der Magistrat, daß er nach Vereinbarung der Städtischen Verwaltung mit der Stadthauptkasse im Interesse der Vereinfachung und Erleichterung des Geschäftsganges den angelegten städtischen Werte usw. durch zwei Gruppen von Kassieren und Rechnungsbeamten vornehmen zu lassen. Diese sollen bestehen bezüglich der Effekten, Sparkassenscheine, Sponscheine, Dokumente usw. aus: a) dem Vorsteher der Hauptkasse, b) dem Kassierer 2, c) dem Buchhalter 6; bezüglich der Finscheine aus: a) dem Vorsteher des Rechnungs-Revisionsbureaus, b) dem Kassierer 2, c) dem Buchhalter 6. Vertreter sind erforderlichenfalls vom Kassendirektor aus der Zahl der Buchhalter oder Kassierer des Rechnungs-Revisionsbureaus zu bestimmen. Da hiernach die Tätigkeit der Rechnungsabteilung wesentlich erleichtert werden würde, hat der Magistrat ihre Aufhebung beschlossen. An Stelle der fortgeführten Mitwirkung der Mitglieder der städtischen Revisionen bei den Hinterlegungsgegenständen selbst sollen unermutete, von einer Kommission vorzunehmende Revisionen der erwähnten Effekten usw. treten.

Die Verammlung stimmt der Aufhebung der Rechnungsabteilung zu; die Revision zur Revisionskommission sollen zu Beginn des neuen Jahres vorgenommen werden. (Herr die Herren St. Springer und Borge.)

## Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen.

Die außerordentliche Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen fand Sonntag vormittag 11 Uhr ab in den „Apollo-Festhallen“ zu Magdeburg statt. Sie war von 156 Vereinen mit 325 Vertretern besetzt und befaßte sich mit der Stellungnahme zur

### Lehrerbekleidungsfrage.

Nach Eröffnung der Verammlung durch den Verbandsvorsitzenden, Lehrer Schwarz, Magdeburg, erstattete dieser ein eingehendes Referat über den den Landtage zugegangenen Gesetzentwurf.

Er gab zunächst einen Rückblick über die Entwicklung der Bekleidungsfrage seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nach als durchaus ungenügend und bedürftig merkwürdig. Die Minimalhöhe des Gehaltes, die nur ausnahmsweise in besonders billigen Orten zur Anwendung kommen sollte, werden in weiten Gebieten der Provinz, namentlich im Osten, zur Regel. Selbst die Provinzialkongress-Beschlüsse hielten Gehaltsätze für ausreichend, die nicht im geringsten den tatsächlichen Bedürfnissen entsprachen. Referent ermahnte in dem Gesetzentwurf den Fortschritt an, der namentlich in der Verminderung der Alterszulage, aber auch in der Bemessung des Grundgehalts zu bestehen ist. Er gab seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß die so notwendige Erhöhung endlich einmal erfolgt und die daraus ungenügenden und zu der geleisteten Arbeit in gar keinem Verhältnis stehenden Gehaltsätze verschwinden. Aber die Freude war keine ungetrübte. Die Mitglieder der Lehrer waren zu niedrig, daß erst einmal die Höhe der zur Verfügung gestellte Summe nicht gegeben wäre, die große Mühseligkeit der Lehrer gegenüber der Bekleidungsfrage zum Vergleich herangezogenen Staatsbeamten auch nur einleuchtend zu belegen. Dann erst hätte man die Lehrer mit den übrigen Beamten gleichmäßig aufbessern können. Die vorgeschlagene Aufbesserung kann darum als eine befriedigende noch nicht bezeichnet werden. Referent ist zu bedauern, daß die Begründung zu der Beschlusse die Zustimmung zu bedauern, daß die Begründung des Gehalts dem Grundgedanke in genügender Maße Rechnung, daß das Dienstverhältnis der Lehrer ihrer Verdienste sowie der Schwierigkeit und Wichtigkeit des Lehramts entsprechen soll. Bei dieser Gelegenheit machte Referent den Gleichstellungsstreben den Vorschlag, daß sie durch ihr Vorgehen, namentlich durch ihre vorzeitige Zustimmung zum Antrag Amendt bzw. zu den Beschlüssen der Unterrichtscommission wesentlich dazu beigetragen haben, daß eine solche Einschätzung erfolgen, namentlich in ihrer Meinung aufkommen konnte, als erwiderte die Lehrerschaft in ihrer großen Mehrheit eine befriedigende Lösung der Bekleidungsfrage auch schon auf niedrigerer als der bezeichneten Grundhöhe.

Weiter bezeichnete Referent als eine schädliche Keuerung die Entschiedenheit der vorgeschlagenen Staffelung eingeführte Senkung der Entlohnungsmöglichkeit. Durch sie werde eine günstige Fortentwicklung das Grab graben. Ihre Beilegung anderer Wünsche erstreckt werden. Noch eine Reihe anderer Wünsche wurden kurz begründet. Sie sind in der Hauptsache in der nachfolgenden, der Verammlung zur Beschlußfassung unterbreiteten Vorlage zum Ausdruck gekommen.

Nach Beendigung des Referats gab Herr Krug-Bilgung seinen Namen an 64 meisten Landes- und Kreisabteilungen die Erklärung ab, daß sie den am 5. Oktober d. J. erlassenen Protokoll gegen die Beschlußfassung der Provinzial-Lehrerverammlung aufrecht erhalten und an den weiteren Verhandlungen der heutigen Verammlung nicht mehr teilnehmen wollten. Die Vertreter dieser Vereine verließen darauf unter den Beifallstundungen der Zurückbleibenden den Saal.

Hierauf wurden die Verhandlungen von der übrigen, weitaus größten Mehrheit fortgesetzt und in völlig ruhiger und sachgemäßer Art zu Ende geführt. In der Besprechung kamen zahlreiche Vertreter aus Landes- und Kreisabteilungen zu Worte, die ausdrücklich erklärten, daß sie mit der abgegangenen Mitglieder



Wassererkrankungen in der Militärärzlerziehungsanstalt. Annaburg, 2. Nov. (Privat-Telegr.) In der hiesigen Militärärzlerziehungsanstalt liegen etwa 130 Soldaten an Halsentzündungen dar.

Doppelmord.

Leipzig, 2. Nov. Ein schrecklicher Doppelmord ist heute nachmittag im Hause Windmühlstraße Nr. 21 entbunden worden.

Der Gemann lag in einer furstbairischen Wutlache mit zertrümmerten Schädel links vom Eingang. In einem anderen Zimmer fand man die Ehefrau gleichfalls tot auf dem Boden liegend.

Der abgekündete Orden.

Quelbinburg, 1. Nov. Mit dem gezeigten Tage schied der Lehrer Galomon aus dem Amte. Er war der älteste bei an den hiesigen Schulen amtierenden Lehrer.

Messefeier.

Gießeda, 31. Oktober. In vergangener Nacht gerieten in der Döbelschen Feldscheune zu Wettberg mehrere Handwerksburschen, die dort übernachteten, in Streit.

Leutnantsst. 1. Nov. (Leichenhalle.) Einem lang ersehnten Bedürfnis wird jetzt hier abgeholfen werden, indem die Unterthal-Kirchengemeinde eine Leichenhalle errichten läßt.

Leipzig, 1. Nov. (Der Kultusminister) hat mitgeteilt, daß die erforderlichen Mittel zur Errichtung eines Lehrerseminars in Eisenburg in dem Entwurf zum nächstjährigen Staatshaushaltsetat eingekalkuliert sind.

Kalbe, 1. Nov. (Ein Affumulator-Doppelwagen der preussischen Staatsbahn) unternehm geln auf unserer Strecke die erste Probefahrt.

Vommern, 1. Nov. (Attentat auf einen Betriebsleiter.) Der Betriebsleiter Blume im Schiffschen Betriebe hier benutzte zur Erledigung der Bureauarbeiten einen massiven kleinen Bau, der ehemals zur Aufnahme der elektrischen Affumulatorien Verwendung fand.

Stöckfurt, 1. Nov. (Ausschiebung einer Heilquelle.) In der Nähe des Salzbergwerks Friedrichshall, an der Priebe, befindet sich eine dem Kammerherrn von Krosch gehörige Quelle, deren Wasser schon vor hundert Jahren zu Heilmitteln benutzte worden ist.

Freitags, 31. Okt. (Treibjagd.) Hier fand auf der vom Verlagsbuchhändler Georg Thieme aus Leipzig gepachteten Gemeindefeld große Treibjagd statt, zu der 27 Herren mit fast 100 Treibern erschienen waren.

Kalbe, 1. Nov. (Unter dem eigenen Wagen.) Als gestern nachmittag gegen 4 Uhr der ca. 35 Jahre alte Gutsbesitzer Wolter aus Kalbe bei Strandenbaum sich mit einer Fuhrer Streu aus dem Walde kommend, zwischen hier und Schleeßen befand, scheute die Ferkel.

Günzgerode, 2. Nov. (Helmetabahn.) Im Rothbaldschen Gasthof soll am Sonntag, den 8. November, 3 Uhr nach

gerät er in Konflikt. Er sieht leidenschaftlich ein Mädchen aus dem Hof, und weiß, das ihn, den Reizgehalt, die unüberwindliche Klut der Klammernscheide trennt.

Nur am Faak arbeitet er ernsthaft. Als er nach Weimar geht, hat er den ersten Entwurf bereits fertig. Erst 15 Jahre später geht er an eine Umarbeitung dieser ersten Niederschrift, die alle Protokolle, mit Ausnahme der Kerkerzettel, verflüssigt bringt.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

In der letzten Sitzung legte Herr Dr. Fromme eine trockne Colocynthis vor. Herr Prof. Dr. Holdelich hatte aus dem Landwirtschaftlichen Institut Tausend-Gras (Dactylis caespitosa) mitgebracht, das im Kalande als Futtergras angebaut wird.

Herr Prof. Dr. Mez läßt zur Beschäftigung der interessanten Pharmacodia im Botanischen Garten ein. Herr Prof. Dr. Holdelich legte dann noch Tabak vor, in dem man die Wästen gelassen; Herr Stud. agr. Binder vertheilte Tannenzapfen aus Eisenbürgen.

Zum Schluß sprach Herr Haupt über den Zwitterwechsel der Organe bei Insekten.

Eine bemerkenswerte Neueinrichtung zur Gefundhaltung des Publikums ist soeben vom preussischen Eisenbahnministerium getroffen worden. Sie betrifft eine hygienische Reinigung der Eisenbahnwaggons, die von nun an eine ganz neue Behandlung erfahren soll.

„Maria Stuart“, von Schiller, die erst am vorletzten Abend der vergangenen Spielzeit wohlinsubiert, bei uns in Szene ging, hat gestern abend im Stadttheater vor vollbesetztem Hause eine gleich treffliche, stimmungsvolle Aufführung. Die Besetzung war die bewährte alte. Die Elisabeth spielte Frau Thierly mit großem Ausdruck.

In der Literarischen Gesellschaft sprach gestern abend Herr Prof. Dr. Gannig aus Berlin über das Thema: „Wie richtig ist das Kriterium vom Judentum?“

Orts-Vorstand der Gemeinde-Beamten. Am verfloffenen Sonnabend hielt der Orts-Vorstand der Gemeinde-Beamten zu Halle a. S. in seinem Vereinslokal „Schulhof“ einen geselligen Abend ab.

Evangelisationsvorträge. Herr Prediger Dannert aus Barmen ist leider verhindert, die für diese Woche angekindigten Vorträge zu halten, da er einer schweren Erkrankung in seiner Familie wegen, telegraphisch zurückberufen worden ist.

heit durchaus nicht einvernehmlich, das Verhältnissen derer entgegengerichtet, „Gleichstellungsfreunde“ mißbilligten hatten die Beschlüsse des IV. Preussischen Lehrerverbands und nach dem überwiegenen Mehrtheil des Provinzialverbandes des mit der überwiegenen Mehrtheil des Provinzialverbandes des Preussischen Lehrerverbands schloßten.

Lehrerverband der Provinz Sachsen. Die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen bedauert aus tiefster See über den durch niedrige Einkünfte, die der Lehrstand durch die im Entwurf vom 3. März 1897 vorgezeichneten Gehaltsätze erfährt.

- 1. Wenn die preussische Volksschule ihrer Aufgabe im Dienste der Volkserziehung und Volkserziehung vollumfänglich gerecht werden soll, so ist in erster Linie eine Lehrerbildung erforderlich, die der Bildung der Lehrer und der Bedeutung ihrer Wirksamkeit sowie den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit entspricht.

- 2. Demnach läßt der Preussische Lehrerverein angelehnt der in der vorliegenden Kernfrage des Gesetzes vom 3. März 1897 seine Wünsche bezüglich der Neuordnung der Lehrerbildung dahin zusammen, daß a) eine gleiche Ausbildung aller Lehrer ohne die bisherige Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse nach der Art der Ausbildung der Lehrer an höheren Schulen geschaffen werde, daß b) den Lehrern ein Einkommen gewährt werde, das nach Höhe und Art des Ansehens dem der Sekretäre der allgemeinen Staatsverwaltung gleich ist, wenn in den Abänderungen, welche durch die etwaige frühere englische Anstellung der Lehrer und die Gewährung der vollen Mietszuschläge an sie bedingt sind, und daß c) bei der neu zu bestimmenden Einkommen nicht auf den Lehrgehalt angesetzt werden.

- 3. — so lange die Lehrergelder die in jenem Beschlusse bezeichnete Höhe nicht erreicht haben — a) keinerlei Senkung der Gehaltsentwicklung anordnen zu wollen, b) Bestimmungen dahingehend zu treffen, daß die Dienstwohnung beim der Mietszuschläge zum vollen Werte, jedoch nicht unter dem Betrage von 500 Mark bei der Festsetzung des Ruhegehalts angesetzt werden, und c) in der Gewährung des Wohngeldes wie bei den Staatsbeamten keinen Unterschied zwischen den Lehrern und den Staatsbeamten und in der Gewährung zu machen.

- 1. § 20 des Lehrerbildungsgesetzes zu gestalten, daß auf Antrag des Stelleninhabers die Wandnung und die Lieferung von Brennmaterial und sonstigen Naturalien abgelöst werden müssen, 2. durch § 4 festsetzen zu wollen, a) daß der niedere Kürbisdienst mit dem einem Schulamt verbundenen Kirchenamt völlig getrennt werde, und b) daß den Inhabern eines vereinigten Schul- und Kirchenamtes bei Sonntaglich einmaligem Gottesdienste ein Mehrbetrag an Grundgehalt von mindestens 500 Mark und für die nicht durch Gottesdienst bedingten kirchlichen Amtshandlungen eine Entschädigung gewährt werde nach einer Gebührenordnung, die auf besondere Verhältnisse Rücksicht nimmt, sowie daß die Auszahlung dieser Bezüge in der durch § 21 vorgezeichneten Weise erfolge.

Vortrags-Zyklus im Frauen-Bildungs-Verein.

Im Frauenbildungverein hielt gestern nachmittag Herr Privatdozent Dr. Zahn seine zweite Vorlesung über Goethes Faust. Der Vortragende, bei in der vorigen Woche die Entstehung der Faustage eingehend gewürdigt hatte, beschäftigte sich gestern zunächst mit dem Faust als Volkskünstler, wie es in 17. und 18. Jahrhundert geipelt wurde. In seinem siebzehnten Literatur-dreieckentwurf gibt Lessing einen Entwurf zu einem Faust-Drama, zum Teil unter Verwendung des alten Volksliedes. Lessing kommt zwar zu einer geistvollen, aber doch nur primitiven Lösung des Faustproblems. Seine Arbeit ist Fragment geblieben. Goethe sieht in dem Faustproblem das Symbol der strebenden und ringenden Menschheit überhaupt. Sein Vater steht nach ganz auf dem Boden jener rationalistischen Weltanschauung, die alle Mängel der Natur und Religion allein mit dem Verstand lösen zu können glaubte, während er selbst schon zu der neuen Generation nach 1750 gehört.







